

DIE AU UND DIE ÖH = DIE AU UND DIE ÖH = DIE AU UND DIE ÖH

DIE ÖH UND DIE AU = DIE ÖH UND DIE AU = DIE ÖH UND DIE AU

Hainburg eine der wesentlichen innenpolitischen Auseinandersetzungen in letzter Zeit.

Ich werde versuchen möglichst emotionslos und objektiv die Rolle der ÖH (sowohl des Zentralausschuß, als auch der ÖH TU und die einzelnen Fraktionen) im Zuge der Hainburg-Auseinandersetzungen darzustellen.

Manche Studenten und Studentinnen meinen, "wie hat sich die ÖH überhaupt mit dem Thema Hainburg auseinandergesetzt - wieso wurden Geldmittel dafür verwendet", andere meinen "wieso hat die ÖH nicht mehr getan".

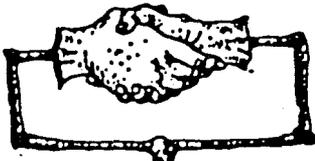
Daß die ÖH im Rahmen ihres allgemeinpolit. Mandates auch zu Hainburg eine Stellungnahme abgeben kann, ebenso wie z. B. in der Friedens- oder Sozialpolitik, sollte selbstverständlich sein. Student/inn/en und deren Vertreter/innen sind in ihrer Meinungsäußerung nicht nur auf den Studienbetrieb zu reduzieren; als mündige Staatsbürger müssen ihnen auch allgemein politische Aussagen erlaubt sein.



Am 15. Mai 1984 stellte die Aktionsgemeinschaft Studentenforum am Zentralausschuß (ZA) den Antrag, den Konrad-Lorenz-Volksbegehren zu unterstützen. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Aktionsgemeinschaft (AG) und einem Teil der JES angenommen. Der VSSTÖ stimmte gegen die Unterstützung des Volksbegehrens, weil es für eine fortschrittliche Ökologiepolitik zu eng und unkonkret und unscharf formuliert ist.

Es sprachen sich aber alle Fraktionen (außer Teilen der JES) gegen einen Bau des Kraftwerkes Hainburg aus!

Als die Besetzung in der stopfenreuther Au im Dezember begann, organisierte der ZA und einzelne Hochschüler schaften einen Busverkehr in die Au. Der Vorsitzende der ÖH, Herbert Rainer, tat dies gestützt auf die Beschlüsse im ZA. (Einerseits die Ablehnung von Hainburg, andererseits die Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens).



Bei der ZA-Sitzung am 18. Dezember 1984 wurden zu Hainburg wieder einige Beschlüsse gefaßt:

Verurteilung des Polizeieinsatzes Forderung nach Rodungsstopp, weitere Unterstützung der Au-Besetzer, Weiterorganisation der Busse. Danach gab es einen Antrag auf "Stopp der Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens durch die ÖH."

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der AG (und nur von deren) angenommen.

Das heißt nun: Es muß zwischen der Bewegung, die den Bau des Kraftwerkes Hainburg verhindern will und dem Konrad-Lorenz-Volksbegehrens (K.-L.-V.) unterschieden werden. Die Leute vom K.-L.-V. sind nicht die einzigen, die den Bau verhindern wollen, ja es sind sogar sehr viele in der Au die das K.-L.-V. nicht unterschrieben haben.

In manchen Medien wurde daraufhin kolportiert, daß die ÖH gegen die Unterstützung der Anliegen der Au-Besetzer sei, was natürlich völlig falsch dargestellt ist.

Die ÖH an der TU Graz hat keinen eigenen Busverkehr in die Au organisiert, es gab andere Initiativen, die dies besorgten.

Wir werden uns in nächster Zeit sicherlich mit den Vorwürfen beschäftigen müssen, daß der ZA an Finanzierungen des K.-L.-V. beteiligt war, die an der Grenze der Legalität sind (Steuertricks bei der Druckauftragsvergabe und Bezahlung zwischen ZA und Kronenzeitung).

Sollten sich die Vorwürfe und Gerüchte bewahrheiten, wird dies Konsequenzen für die ZA-Spitze haben müssen.

Wali

AN DIE REDAKTION VON "PRO", ZEITSCHRIFT DER
AKTIONSGEMEINSCHAFT-STUDENTENFORUM

Werte Kolleginnen und Kollegen!

In der Dezembernummer Eurer Zeitschrift war unter dem Titel: "TU-des-INFO..." sehr harte Kritik an der Aufmachung und am Inhalt des TU INFO's zu finden. Weiters wurde mit Angriffen auf meine Person als Pressereferent bzw. Verfasser des Artikels "Burschen her/hinaus" nicht gespart.

Einiges grundsätzliches dazu:

Ein Layout ist natürlich Geschmacksache, für "die neue graphische Gestaltung" bitte ich um Bekanntgabe Eurer Vorstellungen.

Natürlich soll die offizielle Zeitung einer Hochschülerschaft Information und Wissenswertes bieten. Das TU INFO soll ein Meinungsforum von Studierenden für Studierende sein (Kinderspielplatz für erste politische Gehversuche?) und nicht nur die Meinung des Hauptausschusses bzw. einzelner Mandatäre bringen, falls "man sich auf keinen gemeinsamen Nenner einigen kann".

Zum Angriff wegen meinem Artikel:

Es stimmt nicht traurig, daß Ihr so tief gesunken seid und mit einem total falsch wiedergegebenen Zitat operiert, um mir "Unwissenheit und Inkompetenz" vorzuwerfen. Ich frage mich, wer denn da "einfach haarsträubenden Blödsinn" schreibt!

Trotz alledem mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Weingand

Hans Peter Weingand

Ein junger, aufstrebender Kollege und
derzeit Pressereferent an der TU Graz

**OFFENER
BRIEF**